

Bern, 13.03.2018

## Protokoll des Parteitages

**Datum, Zeit** 14. Februar 2018, 18.15 bis 20.40 Uhr  
**Ort, Raum** Hotel Bern, Bern  
**Präsenz** Stimmberechtigte Personen 108  
**Absolutes Mehr** 55 Stimmen  
**Protokollführung** Zora Schindler



<b>1</b>	<b>Eröffnung und Begrüssung</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Wahlen zum Parteitag</b> .....	<b>3</b>
2.1	StimmzählerInnen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro .....	3
2.4	Tagesbüro .....	4
<b>3</b>	<b>Genehmigungen</b> .....	<b>4</b>
3.1	Tagesordnung .....	4
3.2	Geschäftsordnung .....	4
3.3	Protokoll des Parteitages vom 1.11.2017 .....	4
<b>4</b>	<b>Rede Simonetta Sommaruga</b> .....	<b>4</b>
<b>5</b>	<b>Thema Digitalisierung</b> .....	<b>5</b>
5.1	Inputreferat Markus «Kusito» Maurer, Dozent Web Trends .....	5
5.2	Diskussion mit den Regierungsratskandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann und Christophe Gagnebin.....	8
5.3	Verabschiedung Resolution zur Digitalisierung .....	11
<b>6</b>	<b>SP MigrantInnen Kanton Bern</b> .....	<b>11</b>
6.1	Input Nazan Walpoth und Ivan Kolak, Co-Präsidium SP MigrantInnen Kanton Bern.....	11
6.2	Aufnahme in die SP Kanton Bern (Statutenänderung).....	12
<b>7</b>	<b>Parolen für die Abstimmungen vom 04.03.2018</b> .....	<b>13</b>
7.1	Kantonsbeitrag «Tram Bern – Ostermundigen» .....	13
7.2	Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk».....	13
7.3	No Billag-Initiative.....	14
7.4	Finanzordnung 2021.....	14
<b>8</b>	<b>Referenden zu Grossratsgeschäften</b> .....	<b>14</b>
<b>9</b>	<b>Resolutionen</b> .....	<b>15</b>
<b>10</b>	<b>Verschiedenes</b> .....	<b>15</b>
<b>11</b>	<b>Schluss des Parteitages</b> .....	<b>15</b>

# 1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Parteipräsidentin **Ursula Marti** eröffnet den Parteitag.

Liebe Genossinnen und Genossen, chères et chers camarades

Ich freue mich, den Parteitag zu eröffnen und begrüsse euch herzlich.

Un cordial bienvenue à vous toutes et tous ici à Berne à notre congrès.

Der Count-down läuft, in 39 Tagen ist Wahltag! Und diese Wahlen sind enorm wichtig für uns. Wir haben jetzt die Chance - danach ist sie wieder vorbei für 4 Jahre – unseren Anteil im Grossen Rat deutlich zu erhöhen und die Regierungsmehrheit wieder zu erlangen. Und gestärkt eine andere Politik zu etablieren. Dies ist dringend nötig: Der politische Rechtsrutsch schlägt knallhart durch – weltweit, in Europa, in der Schweiz und auch im Kanton Bern, wo seit der bürgerlichen Regierungsmehrheit, seit dem Einzug des SVP-Hardliners Schnegg, sozialpolitisch und finanzpolitisch Unglaubliches geschieht. Es sind nicht nur die skrupellosen politischen Entscheide, es ist auch ein höchst bedenklicher Kulturwandel festzustellen. Auch früher haben die Bürgerlichen Leistungen abgebaut, aber der Tonfall war noch etwas anders, ein Hauch von Respekt für die Betroffenen war noch da. Das ist vorbei, heute heisst es:

- der Kanton ist nichts anderes als eine Firma und muss auch so geführt werden

- was nicht rentiert, wird abgebaut; dabei gilt nur die kurzfristige Betrachtung, langfristiges Denken interessiert niemanden mehr

- wer nicht stark und erfolgreich ist, kanns vergessen; der oder die hat etwas falsch gemacht und ist es nicht wert, dass man sich um ihn oder sie kümmert

- die Mitarbeitenden sind Kostenfaktoren und haben nichts zu melden

- Ein Klima des Misstrauens wird gesät

- Allen, die hart arbeiten in diesem Kanton, etwa in der Pflege, in der Bildung sowie in vielen andern Bereichen, ihnen wird ständig das Gefühl geben, sie seien ineffizient und machen alles falsch. Anstatt dass man sich einmal bei ihnen für ihren wichtigen Einsatz bedanken würde.

- wichtige Partner des Kantons, zum Beispiel die Spitex, werden desavouiert. Sie seien eine aufgeblähte Organisation und es sei nur recht, hier endlich mal zu sparen. Das ist O-Ton Schnegg, am Mikrofön im Grossen Rat.

- Andere wichtige Partner, zum Beispiel die Städte, werden aussen vor gelassen. So darf die Stadt Bern beispielsweise nicht in der Arbeitsgruppe der Arbeitsintegration mitarbeiten, obwohl sie in diesem Bereich sehr erfahren und erfolgreich ist. (Es könnte ja am Ende noch linkes Gedankengut einfließen – herrje, lieber verzichtet man auf das grosse Fachwissen).

Mit dieser Kultur – oder vielmehr Unkultur - sind wir heute im Kanton Bern konfrontiert. Das darf so nicht weitergehen. Wir können es ändern, wir müssen es ändern. Zum einen mit unseren vier rot-grünen Regierungsratskandidierenden, mit denen wir die Mehrheit wieder auf unsere Seite ziehen wollen. Das reicht aber noch nicht: Es ist zum ändern ganz besonders wichtig, dass wir auch im Grossen Rat zulegen. Jeder zusätzliche Sitz, den wir machen, hilft, die Kräfte auf unsere Seite zu ziehen. Es gibt nämlich im Grossen Rat in Detailfragen erstaunlich viele Abstimmungen, die knapp ausfallen. Viele Abstimmungen, die wir heute knapp verlieren, können wir in Zukunft gewinnen, wenn wir 2, 3 oder 4 Sitze zulegen. Damit können wir wieder Terrain gewinnen und die Politik zum Guten verändern. Hin zu einer konstruktiven, sozial umsichtigen, ökologischen Politik, die investiert in die Menschen und in den Kanton, statt überall nur abzubauen. Das liegt drin und das ist unser erklärtes Ziel. Wir müssen heute nicht mehr über Strategien, Wahlslogans oder Listenverbindungen diskutieren. Diese Würfel sind gefallen. Jetzt ist unser aller persönlicher Einsatz an der Front gefragt.

- Jetzt müssen wir für unsere Wählerinnen und Wähler sichtbar und ansprechbar sein.

- Gehen wir auf die Strasse, zeigen wir, dass wir die Politikerinnen und Politiker sind, die nahe an der Bevölkerung sind. Diskutieren wir mit den Menschen über ihre Anliegen und Wünsche, präsentieren wir Lösungsvorschläge und bringen sie aktiv in die Politik ein.
  - Thematisieren wir die Wahlen und unsere Politik nach dem Motto „Zukunft statt Abbau“ im Bekanntenkreis, bei Kolleginnen und Kollegen. Das persönliche Gespräch ist das wichtigste Wahlmittel. Nutze wir es.
  - Bekennen wir auch Farbe, was die kommenden wichtigen Abstimmungen betrifft: Schreiben wir einen Leserbrief oder machen wir ein Inserat im Quartieranzeiger für das Tram, gegen No-Billag oder gegen die Lehrplan21-Initiative.
  - Und: Telefonieren wir uns die Ohren heiss. Unsere aktive Telefonkampagne ist ein bewährtes Wahlmittel – machen wir wieder engagiert davon Gebrauch.
- Es liegt an unserem Engagement, wie wir abschneiden. Und das Engagement lohnt sich, denn die Zeichen stehen auf Gewinn:
- Viele Menschen haben genug vom Rechtsrutsch, vom unmenschlichen, unwürdigen Politstil der Rechten. Sie wenden sich der SP zu.
  - Unsere Mitgliederzahlen sind seit einiger Zeit ungebrochen am steigen.
  - Unsere Resultate bei den Gemeindewahlen sind gut.
  - Wir haben neu zusätzliche die SP MigrantInnen als Organisationen unter uns - eine grosse Bereicherung. Sie bringen Vielfalt, Erfahrung, neues Wissen und Schwung in die Partei. Sie engagieren sich sehr stark für die Wahlen.
- Also nochmals, die Zeichen stehen gut – nutzen wir die Gunst der Stunde. Überzeugen wir unsere Wählerinnen und Wähler mit einem engagierten, sichtbaren Wahlkampf und legen wir in allen Wahlkreisen deutlich zu.
- Ich danke euch für euer grosses Engagement und wünsche euch für heute Abend einen spannenden, vielfältigen und anregenden Parteitag.

## 2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

### 2.1 StimmenzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmenzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Barbara Keller	Belinda Nazan Walpoth
Tischreihe 2	Mario Rothacher	Kurt Schwab
Tischreihe 3	Hanni Winkenbach	Pia Wüthrich
Tischreihe 4	Jonas Ammann	Monika Boedtker
Tischreihe 5	Kornelia Hässig Vinzens	Tanja Bauer

### 2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Regina Fuhrer-Wyss (GPK), Angelika Neuhaus (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

### 2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmenzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

## 2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Margrit Junker, Elisabeth Striffeler und den StimmenzählerInnen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Margrit Junker abgegeben werden.

## 3 GENEHMIGUNGEN

### 3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.3 Protokoll des Parteitages vom 1.11.2017

Das Protokoll wird genehmigt.

Tagesordnung, Geschäftsordnung und Protokoll werden einstimmig genehmigt.

## 4 REDE SIMONETTA SOMMARUGA

Vor gut einem Monat hat es Simonetta fast umgehauen. Nicht, weil im Parlament wieder einmal ein Parlamentarier eine Trump'sche Mauer um die Schweiz gefordert hat – es war in der Altstadt: Ein Sturm ist hineingefegt und hat auch bei Simonetta einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Nachträglich wertet Simonetta diesen Eindruck positiv: Der Sturm hiess Evi. Und in der Hartnäckigkeit und der Energie stimmen die beiden überein.

Einen anderen Sturm gab es vor 100 Jahren, den Landesstreik, geleitet von Robert Grimm, der zuerst Bundesrat und danach Regierungsrat war – das soll es also auch geben. Damals gingen die Leute auf die Strasse, um für die AHV, bessere Arbeitsbedingungen und Rechte zu demonstrieren. Damit kann man sagen, dass die soziale Schweiz dieses Jahr ihren 100. Geburtstag feiert. Wir SozialdemokratInnen können stolz sein: wir haben damals die Weichen gelegt, um in einem Land zu leben, in dem möglichst niemand vergessen wird, egal ob RentnerInnen, Arme, Junge oder Alte. In den letzten 30 Jahren hat sich einiges geändert und die meiste Zeit davon hat Simonetta im Büro gearbeitet. In der Schweiz ist denn oft auch die erste Frage nach dem Kennenlernen «Was arbeitest du eigentlich?» Das ist nicht überall so: Simonetta wurde vor 20 Jahren in Indien zuerst gefragt «Wie geht es deinem Vater?», und danach «Wie geht es deinem Schwiegervater». Das könnte sich unterdessen geändert haben. Bei uns ist aber klar, dass Arbeit Identität stiftet. Weil die Arbeit so wichtig ist, sind es auch die Arbeitsbedingungen.

Wir, die SozialdemokratInnen, sind der Garant dafür, dass auch jene im Parlament eine Stimme haben, die kein dickes Scheckbuch haben.

Lohnschutzmassnahmen sind zentral, auch weiterhin. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass wir zu einem offenen Arbeitsmarkt stehen. Schweizer Löhne für schweizer Arbeitsplätze – über dieses wichtige Prinzip kann man mit uns nicht verhandeln.

Unsere Stände- und NationalrätInnen haben dafür gesorgt, dass die Arbeitgebenden zuerst in der Schweiz Leute für Stellen suchen müssen und erst danach extern. Das ist eine sozialdemokratische Antwort auf eine SVP-Initiative!

Der Bundesrat hat die Gleichberechtigung bei den Arbeitgebenden beschlossen, jetzt müssen wir die Vorlage noch durchs Parlament bringen. Es gibt aber Kräfte, die die Lohngleichheit verhindern wollen, die den Schutz von Arbeitnehmenden aufweichen wollen. Simonetta verspricht: Nicht mit mir! Sie hat sich bereits in der Vergangenheit mit voller Kraft für diese Projekte eingesetzt und tut es auch zukünftig mit allen zusammen. Das schulden wir denen, die 1918 auf die Strasse gingen, aber auch allen SozialdemokratInnen, die sich in den letzten 100 Jahren dafür eingesetzt haben. Und vor allem schulden wir es der kommenden Generation. Das ist SP-Politik: Wir denken auch an morgen, über den Tellerrand hinaus.

Evis Kinder sind heute zwei und sieben Jahre alt. Unsere Entscheide färben ihr Leben. Suchen wir unseren Platz in Europa oder gehen wir in die volle Abschottung? Bleibt unser Gesundheitssystem auch für Familien bezahlbar oder haben wir eine Zweiklassenmedizin?

Simonetta ist überzeugt, dass wir zusammen etwas bewirken. Denn wir haben die richtigen Rezepte für die Gemeinden, den Kanton Bern und die Schweiz.

Es wird immer Probleme geben, die wir bewältigen müssen. Und die Politik wird auch zukünftig kein Spaziergang sein. Aber die Angst vor dem Versagen hat uns noch nie aufgehalten! Nur ein Beispiel: Seit 30 Jahren gilt: alle erhalten den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Dennoch ist diese Forderung noch nicht umgesetzt. Auch Simonetta musste die Erfahrung machen, dass sie für ihre Arbeiten wenig entlohnt wurde als ihre Kollegen. Es ist eine nervige Haltung, dass Frauen weniger Wert sind als Männer. Diese Haltung wollen wir, Männer und Frauen, nicht mehr tolerieren. Ausgerechnet jene, die mit der Bundesverfassung wedeln und «Verfassungsbruch» schreien, sind beim Thema Lohngleichheit ganz still. Wir sind es nicht. Wir waren von 100 Jahren nicht ruhig und sind es auch heute nicht. Denn die Schweiz braucht uns sozialdemokratische heute mehr denn je. Danke.

**Ursula Marti** dankt Simonetta. Nicht nur für die Rede, sondern auch für ihr Engagement, immer und auch gerade für Frauen.

In den letzten Tagen konnte man auch nachlesen, dass Simonette extreme Anwürfe erhärt – wie auch viele andere Frauen, die sich politisch engagieren. Wir lassen das nicht auf uns sitzen, suchen Mittel und werden sie auch finden, um uns dagegen zu wehren. Ursula spricht Simonetta unsere vollste Unterstützung zu.

## 5 THEMA DIGITALISIERUNG

### 5.1 Inputreferat Markus «Kusito» Maurer, Dozent Web Trends

**Markus «Kusito» Maurer**, Dozent Web Trends

Wir leben durch die Digitalisierung in einer Schnelllebigkeit, die auch gefährlich sein kann. Wir haben oft nur diese Gefahren im Auge, wir sollten uns stattdessen auf die Chancen konzentrieren und erst dann die Gefahren suchen.

Es gibt einen Generationenkonflikt: Was tut man on- oder offline? Für Millennials gibt es diese Unterscheidung nicht: wenn sie etwas mit ihren FreundInnen machen, unterscheiden sie nicht, ob das im Netz oder sonstwo passiert.

Das Digitale ist sehr auf dem Vormarsch. Letztes Jahr war das Smartphone das Leitmedium, danach Internet via Computer und auf dem dritten Rang das Internet über das Tablet. Die Schweiz hinkt diesbezüglich hinterher, im Ausland im Ausland geht das schneller.

Die meistgenutzten Seiten in der Schweiz ist drei Mal Google: google.ch, google.com und youtube.com. Die internationalen Top-Apps sind drei Mal Facebook: Facebook Messenger, Facebook und WhatsApp Messenger.

Durch die Nutzung von Algorithmen suchen Leute nicht mehr News, die News finden User. Bei Jungen ist dieser Effekt besonders ausgeprägt. Aber auch die Silver Server sind aktiv.

Wenn man den Werbekuchen betrachtet, ist die Schweiz noch in der Steinzeit; viele Firmen machen dort Werbung, wo niemand hinschaut, nämlich im Print und im Fernsehen.

Michael Kosinski wurde bekannt, weil er Menschen gut einordnen kann. Er errechnet, wer wo hinschaut, mit einer Übereinstimmung von 80%. Das sollte man ausnutzen für die Werbung! Er wusste allerdings nicht, wofür seine Entdeckung genutzt wird: Cambridge Analytica, deren Besitzer Mercer ist und die dem Geheimdienst sehr nahesteht, nutzte die Kenntnisse unter anderem im Wahlkampf für Donald Trump. Die Daten in der USA sind aber auch viel präziser: Man weiss die Hausnummer der Menschen, welche Partei sie wählen, was sie im TV schauen. Letzteres weiss seit der Umstellung auf Digital TV die Swisscom allerdings auch. Almeida nutzt die Daten, um zu schauen, was die Leute gerne sehen. Das ist gut, weil so keine uninteressanten Sendungen ausgestrahlt werden. Allerdings kann dieses Wissen auch ausgenutzt werden.

Die Analysen beruhen auf dem Konzept der «Big Five». Dieses Konzept aus der Psychologie geht davon aus, dass es fünf Persönlichkeitsmerkmale gibt, deren Ausprägung den Charakter ausmachen: Gewissenhaftigkeit, Neurotizismus, Extrovertiertheit, Offenheit und Verträglichkeit. Je nach Ausprägung reagieren Menschen unterschiedlich auf Reize. Beispiel: Werbung für Gebäudeversicherungen: Eine Werbung mit Hausbrand, Actionmässig inszeniert spricht offene Menschen eher an, während neurotizistische Personen davon abgeschreckt werden.

Mikrotargeting hat Harper Reed bei der Wahlkampagne von Barack Obama 2012 das erste Mal umgesetzt. Sie haben beispielsweise eine lesbische Bäuerin identifiziert und ihr Gründe geliefert, warum sie Obama wählen sollte. Es ging also um positive Werbung: Warum soll ich Obama wählen! In Trumps Kampagne wurde Negativwerbung eingesetzt: Menschen, die typischerweise Hillary wählen würden, wurden davon abgehalten, zur Urne zu gehen. Das ist der grosse Unterschied zwischen den beiden Kampagnen.

Donald Trump und Hillary Clinton haben je etwa 81 Millionen für Facebook-Werbung ausgegeben. Die Russen haben viel weniger investiert, aber ihre Aktivitäten waren sehr undurchsichtig. Dies vor allem dadurch, dass sie mehr mit den Kategorien, denen man auf Facebook Werbung verteilen kann, gearbeitet haben. Wegen dieser spezifischen Bewirtschaftung sind die Sozialen Medien unschlagbar: Man kann Menschen auf sehr viele Arten ansprechen. Beispielsweise könnte man in Bern Leute anwerben, die nur für drei Tage in Bern sind, weil Facebook das weiss! Eines der grössten Probleme in diesem Zusammenhang sind «Dark Posts». Das sind Werbeanzeigen, die bei einem Menschen nur einmal auftauchen und danach verschwinden sie. Zudem ist bei Dark Posts unklar, wer sie geschaltet hat. Derzeit geht in diesem Gebiet einiges, es soll eine Sichtbarkeit entstehen, wer hinter solchen Posts steckt. Dann gibt es «Dark Social Media» Das ist alles, was in Gruppen und geschlossenen Bereichen geschieht, beispielsweise auf WhatsApp oder Instagram. Dabei handelt es sich nicht um Öffentlichkeit und es ist schwierig, Illegales zu erkennen.

In der USA besitzen sechs Giganten 20% der Handy-Zeit. Dabei handelt es sich um «GAFBAT», also Google, Amazon, Facebook, Baidu, Alibaba, Tencent: drei Firmen aus der USA, drei aus China, die alle ein Netzwerk hinter sich haben. Apple ist zwar ebenfalls riesig, hat aber kein Netzwerk im Hintergrund und ist deshalb nicht Teil der GAFBAT. Alle diese gigantischen Firmen sollten ein Büro in der Schweiz haben, damit man an sie herankommen kann. Gleichzeitig ist aber wichtig, dass dabei die Gleichbehandlung eingehalten wird. Ein Lichtblick ist Prof. Scott Galloway, der die Aufsplittung der «Grossen Vier», da diese sonst zu mächtig sind. Er argumentiert aus USA-Sicht und meint Google, Amazon, Facebook und Apple. Oder BlackRock: der grösste Investor in diesem Bereich will nur noch Firmen unterstützen, die etwas Gutes für die Mitarbeitenden und die Gesellschaft tun. Gewisse Plutokraten gehen in die gleiche Richtung. Für sie fallen Kunden weg, wenn diese kein Geld mehr haben.

Was sind also die politische Anliegen der Digitalen?

- Zum Beispiel der Lehrplan 21: vieles geht dort in die richtige Richtung. Beispielsweise sollte jedes Kind programmieren lernen, weil wir auf eine Welt hinsteuern, die von Algorithmen bestimmt ist. Wir müssen diese unbedingt verstehen. Dabei ist die Multidisziplinarität, also das Koppeln von verschiedenen Fächern, ebenfalls wichtig.
  - Neben DatenschützerInnen bräuchte es Daten-BotschafterInnen. Diese sollen aufzeigen, wo Daten zum Guten genutzt werden könnten. Sie handeln von der Warte aus, was möglich ist, statt nur die Risiken zu sehen.
  - Bei einem «Social Credit System», wie es China einführt, werden die Menschen bewertet werden (z.B. ihre Zahlungsmoral, Schwarzfahren etc.). Da wird es digitalen Menschen schlecht.
  - Beim Nachrichtendienstgesetz wurde der Geist der SP vermisst. Alle Digitalen haben das Gesetz bekämpft. Es ermöglicht Kabelaufklärung, was einer Massenüberwachung gleichkommt, und Vorratsdatenspeicherung. Das ist alles furchtbar. Es ist so, wie wenn jeder Brief geöffnet werden dürfte, weil etwas drinstehen könnte, das irgendwann interessant ist. Damit hängt der sogenannte «Chilling Effekt» zusammen: JournalistInnen recherchieren nicht mehr unbelastet, weil sie Angst haben, durch ihre (Web-)Recherchen verdächtig werden.
  - Roboter: Derzeit werden Menschenrechte für Künstliche Intelligenz oder die Robotersteuer gefordert. Aktuellstes Beispiel sind die Steuern auf automatische Kassen. Kusito sieht darin einen Holzweg, der Innovation vertreibt. Man müsste andere Wege finden, beispielsweise das Grundeinkommen. Eine Steuer, um die Entwicklung zu bremsen, ist der falsche Weg.
  - Derzeit werden Netzsperrern für Onlinecasinos diskutiert. Die sind aber zahnlos. Mit einem VPN Tunnel kann man sie problemlos umgehen. Digitale Menschen bekämpfen diese Netzsperrern zudem, weil es ein Anfang ist. Wenn heute Onlinecasinos gesperrt werden, ist unklar, was als nächstes verboten wird.
  - Netzneutralität: Wer hat welches Recht im Netz. Die Swisscom ritzt bereits daran, andere auch. Die Swisscom ist im Konflikt, weil sie TV-Anbieterin und Kabelfirma ist. So funktionierte Netflix am Anfang nur mit Störungen. Erst als der Druck stieg, klappte es dann. Netzneutralität sollte gesetzlich festgehalten werden, damit alle die gleichen Chancen haben.
  - Urheberrecht: Kusito ist nicht dagegen aber heute ist es so nicht mehr praktikabel. Eine Idee wäre eine Art Selbstbedienungsladen. Dort weiss man, wo etwas heruntergeladen werden kann und die Preise sind sinnvoll. Wir müssen neue Modelle entwickeln, die sinnvoll sind. Illegale Downloads zu verbieten ist sinnlos, die Leute umgehen das Verbot einfach. Ausserdem gehen die illegalen Downloads heute schon zurück: auf Spotify und Netflix zahlen die Leute, weil es praktisch ist.
  - Beim neuen Datenschutzgesetz hatte das Lobbying grosser Verlage Einfluss. Darum steht dort auch Negatives drin. In der Schweiz versucht man, Gegensteuer zu geben: Dort müssen wir ein Auge darauf haben, damit wir uns keine Chancen verbauen.
  - Netzwerkdurchsetzungsgesetz (Netz DG, Deutschland): Wird in Deutschland ein Hasskommentar gemeldet, muss er innert 24 Stunden von Facebook oder Youtube abgearbeitet werden. Die Justiz delegiert so ihre Aufgaben an die Firmen. Es gibt demnach eine Meldung, danach muss man beweisen, dass es kein Hasskommentar ist. Gut organisierte Leute können so mit gezielten Meldungen dafür sorgen, dass Accounts möglicherweise zu Unrecht gesperrt werden. Offen ist, wie man sich in diesen Situationen wehren kann. Solche Regelungen gehen schnell zu weit. In der Schweiz müssen wir gut hinsehen, um ähnliche Fehler zu vermeiden.
- Wichtig ist, dass wir mit der Digitalisierung arbeiten, nicht dagegen. Und dass wir diese Leute nutzen, reinholen. Der digitale Wandel hat einen starken Einfluss auf uns. Kusitos Wunsch ist, dass wir Digitalisierung als Chance sehen, die Risiken aber natürlich nicht aussen vor lassen. Wir sollten aber die Chance sehen und nutzen. Schweizer Firmen reagieren sehr schnell und speditiv. Dort muss man den Finger draufhaben.
- Wahlen: Sei dort, wo dein Publikum ist: Gemäss dem Bundesamt für Statistik sind knapp 50% der Bevölkerung in den Sozialen Medien unterwegs. Schweizweit gibt es 4'000'000 Facebook-Accounts. Damit hat dieses Medium die grösste Reichweite. Das muss man nutzen! In den

Sozialen Medien besteht man nur, wenn man sie versteht. Nur so kann man auf einen Shitstorm reagieren.

**Margrit Junker Burkhard** dankt Kusito für den Einstieg in ein schwieriges Thema.

## 5.2 Diskussion mit den Regierungsratskandidierenden Evi Allemann, Christoph Ammann und Christophe Gagnebin

David Stampfli, wird das Podium leiten und leitet kurz ein: Wir haben eindrücklich gehört, welche Entwicklungen es derzeit im Bereich der Digitalisierung gibt. Evi Allemann, Christoph Ammann und Christoph Gagnebin kandidieren alle für den Regierungsrat. In diesem Amt hat man viel Macht und Gestaltungsvielfalt, um einiges umzusetzen. Alle drei sind zudem am Thema interessiert.

*David Stampfli: Christophe, ist die Digitalisierung ein besonderes Thema für den Jura Bernois?*

Christophe Gagnebin: Nein, ist es nicht. Allerdings blickt Christophe nicht nur auf den nur Berner Jura. Als Historiker interessiert er sich natürlich für diese Umbruchzeit, die alle Gebiete der Arbeitswelt und des Alltags betrifft. Dies im Gegensatz zu den Krisen, die es früher gab, und in denen der Jura Bernois als Industrieregion besonders betroffen war. Heute ist die ganze Gesellschaft in der Schweiz und der Welt betroffen. Umbruchzeiten bringen immer gewisse Gefahren mit sich. Nicht nur die SP, auch andere Parteien nutzen Ängste gerne. Der Aufstieg von demagogischen Parteien in Europa und der Schweiz ist damit verbunden, dass viele Leute Schwierigkeiten haben, sich eine Zukunft vorzustellen. Darum ist es eine SP-Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung alle mitnimmt: Denn es ist klar, dass sie kommt und auch Chancen mit sich bringt. Deshalb sind Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping noch wichtiger als bisher.

*Evi, du bist national als Verkehrspolitikerin bekannt. Auch im Kanton Bern könntest du vielleicht die Verkehrsdirektion übernehmen. Wie kann man Digitalisierung im Verkehr nutzen?*

Evi Allemann: Bei der Mobilität ist die Digitalisierung tatsächlich eine Chance und eine Gefahr. Im Strassenverkehr haben wir nach wie vor Politik die darauf setzt, dass man ausbaut, die Beton statt Intelligenz einsetzt. Es ist eine riesige Chance, Digitalisierung für intelligentere Autos etc. zu nutzen. Uns zwar nicht als Spielerei: Man wird so sicher aber enger fahren können. Der zunehmende Verkehr passt uns zwar nicht, aber mit der Digitalisierung sind zumindest keine zusätzlichen Strassen nötig. Das ist in anderen Feldern auch so: man redet davon, dass die Digitalisierung Probleme löst, bleibt aber unkonkret. Unsere Verantwortung und Stärke ist es, etwas, das sowieso kommt, nicht als naturgegeben anzuschauen. Wir sagen, dass es kommt, wollen es aber nicht verhindern, sondern gestalten. So nutzen wir die Chancen, statt auf die Risiken zu verweisen. Aber es gibt riesige Herausforderungen in allen Feldern. Bei der Mobilität kommt man so schnell zum Mobility Pricing, dort gibt es noch viel zu tun. Wir müssen die Menschen mitnehmen und befähigen, in der Welt zu bestehen. Darum ist die Bildungspolitik enorm wichtig. Die Bildung darf nicht an Gemeinden und Schulen delegiert werden. Damit alle profitieren können, müssen wir investieren. Heute sind einige Schulen am Thema dran, andere nicht und teilweise zahlen Private die Investitionen und liefern gleich noch die Inhalte. Und das ist brandgefährlich.

*Christoph ein Projekt, dass du immer als besonders wichtig herausstreichst, ist der Swiss Innovation Park in Biel. Warum liegt dir dieses Projekt so am Herzen?*

Christoph: Was sind die Chancen der Digitalisierung? Alle verstehen etwas Anderes darunter. Meistens denken die Leute ans Handy, Im SIP geht es um mehr, nämlich um Vernetzung, intelligentes Internet, Internet of Things. Also dass Maschinen miteinander kommunizieren, lernen



voneinander und sich an Umstände anpassen. Der Swiss Innovation Park zeigt dies den Unternehmen, hauptsächlich den KMU, auf. Denn an diese richtet sich der Park. Robotik ist grundsätzlich eine Chance, aber birgt auch Risiken, nämlich, wenn Arbeitnehmende ersetzt werden, Arbeitsfelder wegbrechen und so Arbeitslosigkeit entsteht. Dort ist Bildung wichtig. Aber sie bietet auch Chancen für wenig Gebildete: In der Swiss Smart Factory in Ipsach gibt es heute in einer Garage eine Testumgebung, in der gezeigt wird, wie diese Maschinen funktionieren. Dort ersetzen Roboter die Menschen nicht, sondern helfen ihnen. Sie erledigen die monotone Fließbandarbeit, die letztlich auch wir nicht erhalten wollen. Die komplizierten Schritte dagegen erledigen Menschen. Die Maschine blendet ein Bild auf die Arbeitsumgebung und zeigt die nächsten Arbeitsschritte auf. Dafür ist keine Bildung, keine Sprache nötig, nur Feinmotorik. Christoph verspürt eine grosse Begeisterung für die Chancen der Digitalisierung. Für die Risiken sind internationale Lösungen nötig.

*Oft wir dem Kanton Bern nachgesagt, er habe aufgrund der Grösse und der Weitläufigkeit einen Standortnachteil. Sind durch die Digitalisierung Grundbuchämter und Poststellen in allen Regionen vielleicht in ein paar Jahren unnötig?*

Christophe: Die elektronische Kommunikation ist praktisch, sie ist jederzeit möglich und damit wird einiges einfacher. Allerdings gibt es ein soziales Defizit: Der Zusammenhalt wird sich verkleinern. Es bleibt darum wichtig, auf die Strasse zu gehen, um eine Gesellschaft zu bilden, die auch über die Generationen hinweg funktioniert. So können wir auch diejenigen, die durch die Technologisierung verlieren, wie beispielsweise Menschen auf dem Land oder ältere Leute, mitnehmen. Es gibt gute Nachrichten durch die Digitalisierung: Die Jugendgefängnisse sind fast leer. Junge gehen heute nicht mehr raus und machen «Seich». Ziel der Politik ist es, die Gesellschaft zu pflegen. Wir müssen alle vom gleichen reden. Darum ist die No Billag-Abstimmung auch so gefährlich: weil ohne SRG nicht alle die gleichen Informationen haben.

Christoph: Er weiss nicht, wie die Poststellen in zwanzig Jahren aussehen. Aber sicher ist bereits, dass wir uns engagieren müssen, damit es einen Service Public gibt, der den Menschen in allen Regionen dient. Heute braucht es Poststellen, in zwanzig Jahren kann man sich die Pakete vielleicht mit einer Drohne liefern lassen. Evi hat es gesagt: zukünftig gibt es wohl weniger Staus, auch weil selbstfahrende Fahrzeuge in der Nacht transportieren können. Heute sind solche Projekte bereits kleinräumig umgesetzt. Auf dem Firmengelände der Post fahren in der Nacht «Kisten» herum. Für die Agglo sind ähnliche Projekte ebenfalls geplant. In Lausanne gibt es das Projekt «Gare en souterrain», dort soll der Transport auch unterirdisch stattfinden. So können Strassen und Eisenbahn entlastet werden. Die Welt verändert sich, wie wir es bereits miterlebt haben. Wichtig für die SP ist, dass wir uns für den Service Public, für Alte und Schwächere einsetzen, damit alle Zugang zu den Fortschritten haben.

Evi: Sicher wird es auch zukünftig Grundbuchämter und ähnliches geben, einfach in einer anderen Form, nämlich digital. Wichtig ist, dass sie in staatlicher Hand sein müssen, die Unterlagen sind aber nicht mehr auf Papier festgehalten. Dadurch sind Aufsicht und Datenschutz noch wichtiger. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die Aufsicht staatlich ist und die Verantwortlichkeiten geklärt sind. Die digitale Welt ist nicht einfach eine Anarchie, obwohl das heute viele digitale Menschen denken. Klar, das Internet ist frei zugänglich, daran besteht auch weiterhin ein grosses Interesse. Das gleiche gilt für Bildung für Service Public. Die Zugänge müssen für alle bestehen, unabhängig von Alter, Bildung und sozialer Schicht. Das muss auch in der digitalen Welt gelten. Darum müssen wir heute Regeln machen, um Innovationen nicht zu verhindern, aber keine Profiteure auf Kosten aller zu generieren. Denn ohne Regeln profitieren einige wenige, alle anderen wenden sich ab. Dann stehen die Ängste vor den Chancen und das wollen wir nicht. Aber klar: Ein Grundbuchamt in der heutigen Form: davon müssen wir uns verabschieden. Wir dürfen da nicht einfach in die Abwehrreaktion gehen aus Angst vor dem Umgang mit Daten.

*Bildung war in den bisherigen Antworten schon mehrfach Thema. Die Leitung der ERZ wird nach den Wahlen frei. Was müsste dort man als erstes zum Thema Digitalisierung machen?*

Christoph: Die Ruhe von Pulver bewahren. Er hat vieles angeregt und angestossen, auf allen Stufen laufen bereits Projekte. Er hat nicht geschlafen, sondern war ruhig und überlegt. Er hat erkannt, dass Kinder nicht nur konsumieren können, sondern auch verstehen müssen, was hinter einem Gerät abläuft, Stichwort Algorithmen. Sie müssen wissen, wie programmieren geht, auch wenn sie nicht unbedingt in diese Richtung arbeiten werden. Man muss also das viele Gute, das bereits angelaufen ist, übernehmen und weiterentwickeln.

Evi: Geht mit Christoph einig und möchte ergänzen: Wir müssen die Schulen fit machen für die digitale Bildung von Kindern und Jugendlichen. Der Lehrplan 21 ist der richtige Weg: Dort geht es um Kompetenzen statt reine Wissensvermittlung. Das heisst auch, dass die entsprechende Infrastruktur nötig ist, also permanentes Investieren. Letztlich müssen gleich lange Spiesse vorhanden sein, der Kanton kann sich nicht aus der Verantwortung nehmen. Klar gibt es am Anfang Kosten. Evi will schauen und kämpfen, dass es dafür eine Mehrheit gibt. Digitalisierung ist aber nicht das Patentrezept für alles. Immer wenn jemand sagt, dass die Digitalisierung etwas richten wird, müssen wir schauen, ob es stimmt oder ob diese Person den einfachen Ausweg sucht.

Christophe: Neue Technologie macht alten Menschen Angst, wir müssen die Leute mitnehmen. Die Wirtschaft will die SchülerInnen fördern, die sowieso Platz im Arbeitsmarkt finden. Wir müssen zusehen, dass wir kritisch hinschauen. Wir müssen gemeinsam in die Zukunft gehen, wir müssen Gemeinschaft haben. Das Künstlerische, die Kultur muss wichtig bleiben. Das ist nicht unbedingt ein Widerspruch, muss aber im Fokus bleiben. Pulver macht das heute schon.

Christoph: Er war 25 Jahre lang Lehrer, es war sein Lieblingsberuf, heute ist Regierungsrat sein Lieblingsberuf. Die LehrerInnenschaft muss immer den Menschen ins Zentrum rücken, die Schule muss das ebenfalls machen. Die Lehrperson geht auf Menschen und Kinder zu, hält die Kinder im Fokus. Die muss eine Beziehung aufbauen und pflegen, das ist die zentrale Aufgabe – und das ist im Internet nicht gut möglich. Es braucht die Befähigung, die Menschen müssen sich in der Informationsflut zurechtfinden und Richtiges von Falschem unterscheiden können. Sie müssen erkennen, wo es sinnvolle Angebote gibt und wo nicht. Das ist der Bildungsauftrag der Schule.

*Letzte Frage: Wenn der Staat interveniert oder wir die Bildung ausbauen, generiert das Kosten. Nach dem Abbaupaket in der Novembersession stellt sich die Frage. Woher nehmen wir das Geld? Wollen wir zusätzliche Steuern erheben?*

Evi: Zusätzliche Steuern sind leider nicht mehrheitsfähig. Wir müssen uns dafür stark machen, dass man nicht am falschen Ort spart. In der Bildung heisst sparen oft, dass wir nicht so viel mehr ausgeben, wie geplant. Wir müssen deshalb Schwerpunkte setzen. Das Thema Digitalisierung ist wichtig, wir müssen uns die Frage stellen, wo wir mit Investitionen ansetzen. Es müsste darum Geld dafür reserviert sein, beispielsweise in einem Innovationsfond, wie er für Bildung und Gesundheit angedacht ist. So ist das Geld geschützt vor Sparangriffen. Wir sagen klar, dass Bildung zum Thema Digitalisierung wichtig ist. Die Digitalisierung im Verkehrsbereich würde sie dagegen noch ruhen lassen, dort ist die Autoindustrie derzeit sehr aktiv. Darum hat Evi bei der ersten Diskussionsfrage zur Bildung gestreckt: Investieren ja, aber am richtigen Ort. Wir müssen die Leute als erstes kompetent machen, damit sie keine Angst haben, sondern Chancen sehen.

Christoph: verdrängt diese Frage. Er ist Mitglied der Regierung und die Regierung verfolgt eine Sparpolitik. Mit Blick auf die Zukunft, und damit am Kollegialitätsprinzip vorbei, verweist er auf den Finanzbericht des Bundes: Die Berner Wirtschaft läuft, die Indikatoren sind vorhanden. Es gibt eine grosse Eigenleistung der Unternehmungen, man kann mit steigenden Steuererträgen rechnen. In einem BZ-Artikel wurde kürzlich gesagt, dass Bern, was die Bundesmittel angeht, krass benachteiligt wird. Diese Zeichen müssen wir setzen: es geht nicht, dass 2.5 Milliarden nach

Lausanne und Zürich gehen und uns diese Kantone vorhalten, dass wir der grösste Nehmerkanton seien. Wenn wir die entsprechenden Mittel abholen, können wir einiges in die Bildung investieren. Christophe: Diese Frage nervt ihn immer etwas: Wir leben in einem reichen Land, wenn wir nicht vorne mitmachen können, wer sollte es dann können? Das Volk versteht, dass Ungleichheit unfair ist, dass sah man bei der USR III-Abstimmung. Die finanziellen Mittel sind vorhanden, man muss sie nur sinnvoll einsetzen

David schliesst das Podium. Es gäbe noch vieles zu diskutieren, aber wir haben heute noch anderes vor. Als Fazit kann festgehalten werden, dass alle drei für den Regierungsrat vorbereitet sind und viele Ideen haben, die sie hoffentlich umsetzen können. Wir unterstützen euch alle dabei!

### 5.3 Verabschiedung Resolution zur Digitalisierung

Zur Resolution sind keine Wortmeldungen eingegangen. Margrit dankt den Autoren.

**Abstimmung:** Die Resolution wird einstimmig verabschiedet.

## 6 SP MIGRANTINNEN KANTON BERN

### 6.1 Input Nazan Walpoth und Ivan Kolak, Co-Präsidium SP MigrantInnen Kanton Bern

**Nazan Walpoth,** Co-Präsidentin SP MigrantInnen Kanton Bern  
Es ist mir eine grosse Freude, als Co-Präsidentin SP MigrantInnen hier zu stehen.

Die politische Mitbestimmung aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, des Geschlechts oder Konfession ist die DNA unserer Partei.

Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, müssen wir mit Blick auf die Migrationsbevölkerung sowohl innerhalb als auch ausserhalb der SP noch hart arbeiten. Deshalb hat die SP Schweiz die Kantonalparteien aufgerufen, beim Aufbau der SP MigrantInnen als eigenständiges Organ der Partei mitzuwirken. Wir haben in enger Absprache mit der kantonalen Parteileitung diese Aufgabe an die Hand genommen. Eine Kerngruppe führte im Januar und September 2017 zwei Gründungsversammlungen durch und warb über 80 Mitglieder. Diese verabschiedeten ein Reglement und wählten einen Vorstand. Wir führten öffentliche Veranstaltungen zur Einbürgerung und anderen brennenden Fragen durch und bauten eine Website auf.

Unsere Mission ist, Personen mit Migrationshintergrund vermehrt an der Politik teilhaben zu lassen. Migrantinnen und Migranten möchten nicht separat, sondern als Teil der Gesellschaft behandelt werden. Es herrscht eine Kluft, wenn 25% der Bevölkerung in der Schweiz nicht mitbestimmen dürfen, obwohl sie zu unserem Wohlstand beitragen. Die Zusammensetzung der Parlamente ist ebenso kein Abbild der Bevölkerung. Die angemessene Repräsentation ist nach wie vor ein grosses Thema.

Den Migrantinnen und Migranten geht es leider ähnlich wie den Frauen: Solange keine Chancengleichheit besteht, braucht es Gruppen, die sich für Gleichberechtigung einsetzen und konkret um deren Anliegen kümmern. Erst wenn es uns irgendwann nicht mehr braucht, haben wir unser Ziel erreicht.

Zu unseren Zielen gehört, die lokale und regionale Verankerung in der SP und in den öffentlichen Ämtern zu stärken. Wir werden die Mitgliedschaft von MigrantInnen mit oder ohne Schweizer Pass in der Partei gezielt fördern. Ziel ist es, dass die Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen gleichberechtigt mitwirken und proportional zum Anteil in der Wohnbevölkerung repräsentiert sind. Gegenwärtig verfolgen wir konkret vier Ziele:

1. Wir setzen unsere Einbürgerungskampagne fort und leisten so einen sichtbaren Beitrag bezüglich vermehrte Einbürgerungen.

2. Wir setzen uns für eine bessere Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen ein.
3. Wir stellen bei kommunalen und nationalen Wahlen KandidatInnen auf und mobilisieren unsere Wählerschaft und leisten unseren Beitrag zum Wahlkampf.
4. Auch werden wir unser Netzwerk mit uns nahestehenden Kulturvereinen aus verschiedenen Sprachgemeinschaften erweitern.

Ich bitte Euch, dem Antrag der Geschäftsleitung zu folgen und die Berner Sektion der SP MigrantInnen als Organ unserer Kantonalpartei anzuerkennen.

**Ivan Kolak**, Co-Präsident SP MigrantInnen Kanton Bern

Liebe Genossinnen und Genossen

Nachdem Co-Präsidentin Nazan unsere Aktivitäten und die Entstehung der SP MigrantInnen aufgezeigt hat, werden nun zwei bis drei Minuten marxistischer Information folgen:

Zukunft statt Herkunft! «Das Proletariat hat keine Nation», sagte Karl Marx, oder, wenn es euch lieber ist, nach Max Frisch»: Wir riefen Arbeitskräfte doch es kamen Menschen.»

Arbeitslosigkeit, tiefe Löhne, Solidarität, Ausgrenzung, Diskriminierung, dies geht uns alle an egal welcher Herkunft oder provokativ gesagt welcher Rasse.

Wir leben in einer Zeit, in der Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus wieder Salonfähig wird.

Über wie viel Ausschaffungsinitiativen und Ausgrenzung vorlagen müssten wir schon antreten?

Und das schon seit der 70 Jahren gegen die Tschinggen geschimpft wurden um das bekannteste Beispiel, weitere Beschimpfungen und Ausgrenzungen folgen, bis heute. Die die als neuste kommen, sind immer am härtesten betroffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Nationalismus ist eine Waffe des Kapitalismus in dem er die Inländerinnen gegen die Ausländerinnen teilt. Aber wir müssen hier auch aufpassen, dass wir die Logik nicht einfach umdrehen und dem Nützlichkeitsrassismus nicht erliegen!

«Jetzt kommt der noch mit Nützlichkeitsrassismus!», Denken sich einige, ja Genossinnen und Genossen Nützlichkeitsrassismus heisst Menschen über ihre Herkunft auf den Nutzen zu reduzieren den sie „uns“ bringen! Positiver Rassismus ist auch ein Gesicht des Rassismus. Wenn wir sagen unsere Wirtschaft, unsere AHV würde ohne die Ausländer\*innen zusammenbrechen, dann stimmt das sogar und die meisten die das sagen meinen dies auch gut, jedoch reduzieren sie bewusst oder unbewusst diese Menschen auf ihre Herkunft auf ihren Pass und zudem auf den Nutzen den sie „uns“ erbringen. Die Teilung „wir“ Inländerinnen und „sie“ Ausländerinnen bleibt bestehen. Und was ist mit den Ausländerinnen die keinen Nutzen bringen? Statt dieser künstlichen Spaltung müssen wir uns den Klassenfrage in diesem Zusammenhang stellen.

Wir das sind die Arbeitnehmenden alle Länder! – «Ou nein jetzt kommt er noch mit der Klasse!»

Ja liebe Genossinnen und Genossen, wieso komme ich jetzt mit dem? Gute Renten, gute Löhne, keine Diskriminierung, kein Rassismus ist nicht eine Frage der Ausländer und Inländer, sondern eine Frage, die uns alle angeht, denn wir sitzen im selben Boot bzw. stehen an derselben Maschine oder sitzen im gleichen Büro. Wenn wir uns teilen und gegeneinander ausspielen lassen verlieren wir alle! Deswegen: Zukunft statt Herkunft

## 6.2 Aufnahme in die SP Kanton Bern (Statutenänderung)

Die vorgeschlagene Änderung der Statuten konnte in den Unterlagen nachgelesen werden. Es sind keine Anträge dazu eingetroffen, darum wird direkt abgestimmt:

**Abstimmung:** Die Aufnahme der SP MigrantInnen in die SP Kanton Bern erfolgt einstimmig.

Der Parteitag heisst die SP MigrantInnen mit einem grossen Applaus willkommen.

## 7 PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 04.03.2018

### 7.1 Kantonsbeitrag «Tram Bern – Ostermundigen»

**Reto Müller**, Grossrat, Stadtpräsident Langenthal

Grosse Verkehrsinfrastrukturprojekte haben einen schweren Stand. Letztes Mal als Reto sich am kantonalen Parteitag für eines einsetzte, die Umfahrungsstrasse Aarwangen, ist er gnadenlos gescheitert. Tendenziell gibt es eine linke Opposition gegen Strassen und eine rechte Opposition gegen Trams. Darum wird der Parteitag heute wohl für die Vorlage sein,

Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK) des Grossen Rates beurteilt jedes Projekt nach Aspekten der Nachhaltigkeit, Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Zweckmässigkeit. Dort war das Projekt ebenfalls erfolgreich. Das geplante Tram soll die Buslinie 10 ersetzen, die heute trotz Zweiminutentakt überlastet ist. Sie ist die zweitstärkste Linie im Kanton, die heute noch im Busbetrieb ist. Und drin fühlt man sich manchmal wirklich wie in einer Sardinenbüchse. Das Verkehrsaufkommen auf der Linie wird weiter zunehmen; auch Doppelgelenkbusse oder die S-Bahn können das Problem nicht lösen, das Tram ist nötig. Die Linie verläuft gleich, wie beim Tram Region Bern, ausser dass das Rüti nicht mehr erschlossen wird und Köniz nicht Teil des Projekts ist. Es wurden 23 alternative Linien mehrfach geprüft, die vorliegende Lösung ist die beste. Ostermundigen hat ein grosses Entwicklungspotenzial, wozu das Tram beiträgt. Darum ist das Tram ein wichtiger Punkt für die Entwicklung von Bern, der Agglomeration und darum dem ganzen Kanton.

2016 wurde bei einer Volksabstimmung in Ostermundigen ein Gegenvorschlag des Gemeinderats angenommen. Im letzten November hat auch Bern zum Tram Bern – Ostermundigen ja gesagt. Das Tram, und das hat auch der Schlussbericht der Kommission bestätigt, ist die zweckmässigste Lösung um die bestehenden Probleme zu lösen. In den letzten Tagen haben die Tramgegner Inserate geschaltet, wonach in Bern 80% gegen das Tram waren. Wenn wir so rechnen würden, würden wir viel mehr Abstimmungen gewinnen!

Die Realisierungsphase wäre voraussichtlich im Jahr 2022. In der Abstimmungsbotschaft steht „Nach den Unterlagen hat das Projekt positive Auswirkungen auf Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft, (...)“. Die Tramgegner wollen wegen dieser Aussage vor Bundesgericht ziehen. Dabei stimmt sie! Der Nutzen des Trams ist klar höher als die Investitionen.

Reto ist bei diesem Prozess schon lange dabei und für das Tram. Die BAK ist auch dafür. Viele Menschen sind dagegen. Am Ende ist es eine Glaubensfrage: Ist das Tram besser als Megabusse? Löst die S-Bahn die Probleme? In der BAK haben 12 Ja, 0 Nein gestimmt (bei 4 Enthaltungen); im Grossen Rat waren 79 Personen dafür, 40 dagegen und 21 haben sich enthalten. Reto ist aus Gründen der Solidarität und aufgrund der Faktenlage klar für das Tram: Es bringt uns weiter und ist erst noch viel bequemer und ökologischer als andere Verkehrsmittel.

**Antrag GL:** Die GL beantragt dem Parteitag die JA-Parole.

**Abstimmung:** Der Parteitag spricht sich einstimmig bei 2 Enthaltungen für die JA-Parole aus.

### 7.2 Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk»

**Béatrice Stucki**, Grossrätin Bern

Diese Vorlage lehnte der Grosse Rat mit 122 Nein zu 19 Ja ab. Das ist ein beachtlicher Wert, der uns die Richtung aufzeigen sollte.

Das Anliegen der InitiatintInnen ist scheinheilig, eigentlich geht es ihnen darum, den Lehrplan 21 abzuschliessen. Dabei wurde das Kompetenzorientierte Lernen in den Berufsschulen schon lange eingeführt, ist etabliert und wird sehr gelobt von Eltern, Lehrpersonen und Arbeitgebenden! Es fördert nämlich nicht das Auswendiglernen, sondern das Erkennen von Zusammenhängen. Zudem

wird der Lehrplan 21 den gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht: Heute werden Arbeitnehmende schweizweit rekrutiert. Die Kinder sollten nicht unter Umzügen zwischen den Kantonen leiden.

Der Lehrplan ist so dick wie ein Telefonbuch. Die Leute müssten ihn alle zugeschickt erhalten und in drei Wochen lesen, um zu wissen, worüber wir abstimmen.

All diese Punkte zeigen: Die Initiative ist unnötig und falsch. Béatrice bittet den Parteitag deshalb, die Nein-Parole zu fassen.

**Antrag GL:** Die GL beantragt dem Parteitag die NEIN-Parole-

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig bei einer Enthaltung die NEIN-Parole.

### 7.3 No Billag-Initiative

**Hans Stöckli**, Ständerat Biel/Bienne

Wir wissen, dass diese Initiative abgelehnt wird – zumindest hoffen wir das zutiefst! Wir müssen uns aber trotzdem intensiv damit auseinandersetzen, weil das Komitee weiter am Thema arbeiten wird. Sie überlegen heute, was sie als nächstes machen wollen. Darum müssen wir genau schauen, worum es geht.

Selbstverständlich muss sich die SRG verändert: Sie ist 87 Jahre alt, da ist man etwas gesetzt und muss einiges anpassen. Sie ist eher ländlich als städtisch, kann sich bei der Digitalisierung noch verbessern und muss sich in einigen Bereichen anpassen.

Die Initiative ist im Kern dramatisch: Es wird keine italienischen Programme mehr geben, keine Unterstützung für Behinderte. Man muss sich bewusst sein, dass es diese Angebote nach einer Annahme nicht mehr gibt! Den Initianten ist das egal: Sie wollen ein Bezahlfernsehen ohne Solidarität. Dann hat derjenige die Meinungshoheit, der am meisten Geld hat. Das wollen wir auf keinen Fall weder heute noch in zehn Jahren. Darum setzen wir uns mit dem Thema auseinander.

Im Ständerat gab es bei der Abstimmung zwei Befürworter. Einer davon sagte später, er habe falsch abgestimmt, es bleibt also noch einer. Im Nationalrat müssen wir die siebzig finden, die Ja gestimmt haben, jetzt aber nicht mehr dazu stehen. Das ist eigentlich eine gute Nachricht. Aber es macht es auch schwierig, sie auszuhorchen.

Wir müssen die Initiative klar versenken, damit wir die Meinungsvielfalt und den Zusammenhalt in der Schweiz schützen. Das zeigt sich auch bei dem, was derzeit bei der sda passiert. Diese gebührenfinanzierten Medien sind es uns wert. Jetzt gehen wir zahlreich an die Urnen. Der Effekt ist ähnlich, wie bei der Durchsetzungsinitiative: mitte-links ist stark mobilisierbar.

**Antrag GL:** Die GL beantragt dem Parteitag die NEIN-Parole.

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die NEIN-Parole.

### 7.4 Finanzordnung 2021

Die Finanzordnung des Bundes ist weitgehend unbestritten, deshalb gibt es dafür kein Referat.

**Antrag GL:** Die GL beantragt dem Parteitag die JA-Parole.

**Abstimmung:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

## 8 REFERENDEN ZU GROSSRATSGESCHÄFTEN

In der Novembersession hat die Debatte im Grossen Rat den Plan der bürgerlichen Mehrheit gezeigt: Der Rat hat 160 Millionen Steuersenkungen für Unternehmungen und zeitgleich den Abbau von Dienstleistungen, ebenfalls im Wert von 160 Millionen, beschlossen. Ebenso zeitgleich wurde die Sozialhilfe gesenkt, auf mindestens 8%, teilweise aber bis zu 30% unter die Skos-Richtlinien. Zur Verdeutlichung: Die Skos schreibt für einen Einpersonenhaushalt 986 CHF

monatlich vor. Damit ist aus Sicht der SP die rote Linie überschritten! Dazu kommt, dass das Sparvolumen aufgrund einiger Anpassungen bei der ersten Lesung nicht ausreicht und es deshalb in der zweiten Lesung im März wohl zu weiteren Kürzungen kommen wird!

Der erste Teil der Steuersenkungen bis 2020 für Grossbetriebe ist nun beschlossen. Der Kanton wird 160 Millionen Mindereinnahmen haben, für 2021 ist eine weitere Senkung vorgesehen!

Im März wird der Grosse Rat über diese Vorlagen ein zweites Mal Befinden. Wenn er keine Korrekturen vornimmt, können wir uns nur durch Referenden gegen diese asoziale Abbaupolitik einsetzen. Deshalb will die GL vom Parteitag wissen, ob er damit einverstanden ist, dass die SP zusammen mit ihren Partnerorganisationen die Referenden zum Sozialhilfe- und zum Steuergesetz ergreift.

Es sind keine Wortmeldungen eingegangen.

Der Parteitag stimmt in zwei separaten Abstimmungen über die Ergreifung des Referendums ab:

**Abstimmung Sozialhilfegesetz:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die Ergreifung des Referendums.

**Abstimmung Steuergesetz:** Der Parteitag beschliesst einstimmig die Ergreifung des Referendums.

## 9 RESOLUTIONEN

Es wurden keine weiteren Resolutionen eingereicht.

## 10 VERSCHIEDENES

**Jonas Ammann**, Campaigner

In zweieinhalb Wochen finden die ersten Telefonaktionen für die Wahlen statt. Wir sind auf einem guten Weg, aber wir wollen 15'000 Telefongespräche führen – das geht natürlich nicht zu dritt! Darum sein Aufruf im Namen des ganzen Basiskampagnen-Team: Wer möchte, kann sich gerne noch anmelden, man kann auch ein zweites Mal telefonieren kommen. Beim Ausgang steht jemand, Interessierte können sich also gleich vor Ort noch einmal anmelden.

**Franco Castrovillari**, SP MigrantInnen

Am 21. März findet auf dem Rat Rathausplatz um 18.30 Uhr eine Protestaktion des «Komitee Stopp Abbau» gegen den Abbau statt. (Versammlung ist um 18.00 Uhr beim Bahnhof). Da die Bewilligung noch offen ist, können Zeit und Ort noch ändern.

**Vinzenz Binggeli**, JUSO

Die JUSO hat ein Crowdfundig gestartet, weil sie im Zusammenhang mit einer Kundgebung gegen den Abbau Verfahrenskosten haben. Derzeit fehlen noch etwa 800 CHF von 3000 CHF. Vinzenz bittet die Anwesenden um Unterstützung.

**Elisabeth Striffeler** weist darauf hin, dass hinten im Raum Wahl- und Abstimmungsmaterial steht. Sie bittet die Anwesenden, davon mitzunehmen oder zu bestellen.

## 11 SCHLUSS DES PARTEITAGES

**Elisabeth Striffeler** erinnert daran, dass es noch 39 Tage sind, in denen wir mit Engagement, inklusive des SP MigrantInnen, wahlkämpfen müssen gegen eine Politik die kurzfristig und –sichtig Schaden verursacht. Es liegt an uns, wie wir in die Bevölkerung gehen. Wir haben gehört, dass bereits vor 100 Jahren der Grundstein dafür gelegt wurden. Aber nicht nur auf Bundesebene

zeichnet sich die SP Politik mit Weitblick aus. Gemeinsam können wir etwas bewirken mit unserem Rezept, das das richtige ist.

Markus «Kusito» Maurer ist sich der Chancen und Gefahren der Digitalisierung bewusst. Vielleicht ist die Schweiz wegen den Silver Servern noch im Steinzeitalter. Wir haben zudem gelernt, dass Negativwerbung gefährlich ist und der Lehrplan 21 in die richtige Richtung geht – zum Beispiel Richtung Montessori-Schule. Wir haben gelernt, die digitale Jungen sind auf unserer Seite – also nutzen wir diese Medien, meint der Digitale.

Auch die Kandidierenden für den Regierungsrat sehen neben Gefahren auch Chancen für die Zukunft. Die Autos werden intelligent (wenn auch nicht intelligenter als wir), wir müssen das Digitale gestakten, dann gibt es keine Verlierer, sondern Regeln. Christoph Ammann ist begeistert von Fortschritt und Innovation Die SP MigrantInnen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und nun auch der Partei. Zukunft statt Herkunft, weg von Nützlichkeitsrassismus!

Elisabeth dankt dafür, dass der Parteitag den Parolen der GL gefolgt ist und dass er einverstanden ist mit den beiden Referenden engagiert auf die Strassen und zur Bevölkerung zu gehen – auch nach den besagten 39 Tagen.

Elisabeth dankt allen für ihre Anwesenheit und wünscht ihnen einen schönen Abend. Der nächste Parteitag findet am 16. Mai 2018 in Bern statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags: 20.40 Uhr

Für das Protokoll



Zora Schindler

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen